

## Talk um neues Netzwerk Wolfgang Bosbach teilt auch viel Kritik der „Leading Women“

Von Doris Richter 08.11.16, 10:10 Uhr



**Wolfgang Bosbach beim Talk mit den „Leading Women“.**

**Rhein-Berg** - Die fehlende Infrastruktur in der Region, bürokratische Hürden im wirtschaftlichen Handeln der Unternehmer, die Erbschaftssteuer und auch die Familienpolitik – über diese Themen diskutierten zehn Unternehmerinnen des Netzwerkes Leading Women Rhein-Berg mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach. Passend zum einjährigen Bestehen des Netzwerkes veranstalteten die Unternehmerinnen am Samstag ihren ersten Politalk in den Räumen der Netempire AG im Haus Staade in Rösrath.

Neben Wünschen und Kritik an der Politik gaben die Wirtschaftsvertreterinnen ihrem Gesprächsgast auch Anregungen und Ideen mit auf den Weg. Zum Beispiel, jungen Müttern und Vätern, die Elterngeld beziehen, die Möglichkeit einzuräumen, bis zu einer gewissen Grenze Geld hinzuverdienen. „Das Elterngeld hindert sie daran, in ihrem Beruf zu arbeiten. Dadurch verpassen sie aber Entwicklungen in ihrer Branche“, erklärte Nicole Grünewald, Agenturchefin der Kölner Vision Company, den Hintergrund. „Sie sind außen vor, was ein Verlust für die Angestellten und auch für uns Arbeitgeber ist.“ Der Gesetzgeber könnte einen begrenzten zusätzlichen Verdienst erlauben, der nicht vom Elterngeld abgezogen wird, schlägt sie vor. Bosbach hält dies für nachvollziehbar und sagte zu, sich darum zu kümmern.

### **Zu wenig Investitionen**

Auch die Kritik der Unternehmerinnen, es würde zu wenig in die Infrastruktur vom Straßenbau über Gewerbeflächen bis zum Breitbandkabel in den Kommunen investiert, teilt der CDU-Politiker. „Es scheitert meist an der fehlenden Planreife der Projekte. Dafür fehlt es in den Ländern und Kommunen an Personal“, erklärte Bosbach. Oft würden auch Bürgerproteste und die Belange des Umweltschutzes die Ausbauprojekte verhindern.

Auf die Frage von Marianne Brochhaus, Regionaldirektorin der Kreissparkasse Köln, was Unternehmer im Sinne der Politik tun können, um Dinge ins Rollen zu bringen, sagte Bosbach: „Gehen Sie raus und reden Sie mit den Bürgern.“ Wenn ein Dachdeckermeister erklärt, warum er für seinen Betrieb mehr Gewerbefläche braucht und andernfalls abwandern müsse, habe das eine andere Wirkung in der Bevölkerung, als wenn es eine Behörde erläutert, so Bosbach.

In der Diskussion um die Erbschaftssteuer stellte Claudia Zimmer, Vorstand der Delphin Technology in Refrath, fest: „Die Gesetzeslage fördert geradezu den Verkauf mittelständischer Unternehmen und den Verzicht auf eine Nachfolge.“ Im Steuerrecht wurde von den Unternehmerinnen unter anderem auch das Ehegattensplitting hinterfragt. Und beim Thema Kinderbetreuung sucht Kim Bauer, Vorstand von Netempire, nach neuen Wegen, wie Arbeitgeber über die Kindergartenzeit hinaus ihren Angestellten Zuschüsse für die Kinderbetreuung zahlen können. Bisher sei dieser Zuschuss auf das Kindesalter von sechs Jahren begrenzt. Auch diesem Hinweis versprach Bosbach nachzugehen.

Zum Abschied gab er spontan den sonntäglichen „Tatort“ als Fernsehtipp. Darin ging es um die Radikalisierung junger Menschen. „Es ist keineswegs übertrieben dargestellt, sondern absolute Realität“, weiß Bosbach, der seit langem Experte im Innenausschuss der Bundesregierung ist.